

BUNDESGERICHTSHOF

IX ZR 249/80

B E S C H L U S S

in der Entschädigungssache

Ruth W. [REDACTED],
Gemeindestraße 38, P. [REDACTED],

Klägerin und Beschwerdeführerin,

- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt [REDACTED],
P. [REDACTED] -

gegen

Land Nordrhein-Westfalen,
vertreten durch die Landesrentenbehörde,
T. [REDACTED]straße 26, Düsseldorf 30,

Beklagten und Beschwerdegegner

Ein gesetzlicher Grund für die Zulassung der Revision (§ 219 Abs. 2 StG) liegt nicht vor.

Das Berufungsgericht beruht auf der Würdigung der Beweise und Urkunde des Kinnelfalls und legt keinen Rechtsfehler erkennen. Es war nicht gebieter, im Rahmen der Beweiswürdigung auch den Unzustand Rechnung zu tragen, das die Klägerin erst 1972 ein psychisches Leiden geltend machte. Mit der Frage der Substantiierung hat das nicht zu tun. Der Hinweis der Beschwerde, die Klägerin habe erst nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu § 190 StG ihren Gesundheitszustandsanspruch zu erfüllen brauchen, verfügt nicht; denn sie hatte schon in ihrer oldestattlichen Versicherung vom 15. September 1960 ihren Gesundheitszustand erläutert und ein Herzleiden auf die Verfolgung zurückgeführt.

Fuchs

Dr. Lang